

Aktionen statt Aktionsplan

Die diesjährige Tagung des Bundeselternverbands gehörloser Kinder bringt Bewegung in die Inklusionsdebatte

VON TAMARA SCHMIDT VOM HOFE

Die Tagung des Bundeselternverbands fand auch dieses Jahr wieder in Duderstadt statt



Fotos: Tiemo Hollmann

398

DZ 88 11

„Wir mischen mit!“ lautete das diesjährige Tagungsmotto des Bundeselternverbands gehörloser Kinder. Geplant war, einen eigenen Aktionsplan zur UN-Menschenrechtskonvention zu entwickeln, zumindest den Grundstein dafür zu legen. Doch die gut 100 erwachsenen Teilnehmer – hauptsächlich Eltern, aber auch Fachleute –, die über das lange Himmelfahrtswochenende ins niedersächsische Duderstadt zum jährlichen Verbandstreffen kamen, hatten mehr Aktionen als Pläne im Sinn.

Eine gute Grundlage für das motivierte ‚Anpacken‘ war bereits gelegt: Anfang Mai, einen Monat vor der Tagung, veröffentlichte der Bundeselternverband ein Positionspapier: Ver-

ortung der Gebärdensprache in Erziehung und Bildung lautet der Arbeitstitel.¹ Bilinguale Konzepte in deutscher Laut- und Gebärdensprache vom Kindergarten bis zur Ausbildung bzw. Hochschule sind das Ziel. „Auf unseren letzten beiden Tagungen haben wir uns intensiv mit den Themen ‚Inklusion‘ und ‚Bildung‘ auseinandersetzt“, so Präsidentin Katja Belz. „In zwei Punkten waren wir uns alle einig: Es muss sich dringend etwas ändern in der Erziehung und Bildung unserer hörgeschädigten Kinder und allein durch Kritik und Beschwerden ändert sich nichts.“ Das Positionspapier trägt also dem Wunsch der Eltern Rechnung, einen konstruktiven Vor-

schlag zur Verbesserung der jetzigen Bildungssituation auf Basis der UN-Menschenrechtskonvention zu erarbeiten. Es ist ausdrücklich kein fertiges Konzept, sondern ein Arbeitspapier, auf dessen Basis konkrete Konzepte erarbeitet werden können.

Das Modell „Umgekehrte Inklusion“

Die Abschaffung der Förderschulen ist eine konsequente Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention mit ihrer Forderung nach inklusiver Bildung. Doch nicht alles, was es z. B. an Förderschulen für Hören und Kommunikation gibt, ist schlecht – so se-

¹ Auszüge aus diesem Positionspapier sind auf S. 313 ff. der vorliegenden *Zeichen*-Ausgabe veröffentlicht. Das Positionspapier als Ganzes kann von der Website des Verbands (<http://www.gehoerlosekinder.de>) als PDF heruntergeladen werden.



hen es einige Eltern von Kindern mit Hörschädigung. Diese trafen sich im Rahmen des Open Space am zweiten Tagungstag und diskutierten das Modell „Europaschule“, wie es im Positionspapier vorgestellt wird.

Referenz ist die Berliner Europaschule, die mit Deutsch und verschiedenen anderen europäischen Lautsprachen bilinguale Bildungsangebote von der ersten Klasse bis zum Abitur seit Jahren erfolgreich praktiziert. Die These: „Deutsch – Deutsch Ge-

² Der Bundeselternverband konnte vor der Bundesdirektorenkonferenz im Mai 2011 die Thesen und Konzeptideen des Positionspapiers erstmals öffentlich vorstellen. „Möglicherweise konnten wir unsere Redezeit nutzen, um die Tür für Kooperationen mit den Institutionen zu öffnen“, hofft Katja Belz. Die Resonanz, so schien es zumindest, war recht positiv. Daran knüpft nun die Arbeitsgruppe an.

bärdensprachige Kindergärten, Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten gewährleisten für Schüler/innen mit und ohne Hörschädigung einen barrierefreien Zugang zu allen Bildungsinhalten und Bildungsaktivitäten“ (Positionspapier 2011, 3). Darüber hinaus fördere der bilinguale Unterricht auch „die Sozialkompetenz und Konfliktfähigkeit. Eine gemeinsame Erziehung und Bildung [...] wird dann auch dazu führen, dass in Zukunft viel mehr Menschen über DGS-Kenntnisse verfügen werden und [...] DGS als Sprache an sich und als Kommunikationsmittel mit Menschen mit Hörschädigung als selbstverständlich dazugehörig betrachten“ (ebd., 10).

Die wesentlichen Vorteile dieser „umgekehrten Inklusion“ im Rahmen einer „Umwandlung der Förderschulen in bilinguale Schulen“, wie es Klaus Jahn, Gesamtleiter des Sonderpädagogischen Zentrums Putbus auf Rügen, formulierte, waren deutlich: Entsprechende Schulen bekämen mehr Schüler, behielten aber trotz-

dem kleine Klassen. Die Unterrichtskommunikation wäre bei durchgängiger Bilingualität für alle Schüler gesichert. Zusätzliche Förderangebote, wie sie Kinder mit Hörschädigung im Allgemeinen benötigen – Ergotherapie, Logopädie usw. – wären unter dem Dach der Schule vereint. Außerdem könnten der Tagesablauf, Unterrichtsmaterialien und -strukturen zur individuellen Förderung gut angepasst werden.

Die Arbeitsgruppe legte bereits die nächsten Schritte fest: In einem Bundesland wird Kontakt zu einer Schule aufgenommen, die für einen Modellversuch offen ist. Parallel dazu wird eine Partnerschule in Europa nach Vorbild des Comenius-Projektes gesucht. Das bisher nur skizzierte Schulkonzept wird weiter ausgearbeitet. Die Arbeit läuft bereits.²

Die Öffnung der Regelschule

Für ein bilinguales Schulkonzept nach dem Vorbild des TRIPOD-

◀
Präsidentin Katja Belz begrüßt die Anwesenden

DZ 88 11 399



◀
Blick in die Teilnehmerrunde

►
 Öffentlichkeits-
 arbeit der Kinder:
 Ein SignMob in der
 Innenstadt von
 Duderstadt



400

DZ 88 11

Programms in den USA – ausgebildete Gehörlosen- und Schwerhörigenlehrer/innen und Regelschullehrer/innen unterrichten zu zweit an einer Regelschule (vgl. Positionspapier 2011, 11 ff.) – gab es noch keine Arbeitsgruppe. Wohl aber für einen guten Vorläufer: Ein stellvertretender Schulleiter und der Verwaltungsleiter eines Gymnasiums unter kirchlicher Trägerschaft in Rheinland Pfalz kamen zur Tagung und bestritten die zweite Open Space-Gruppe zum Thema „Schule“. Hier möchte sich eine Schule ganz bewusst für Kinder mit Hörschädigung öffnen und sie von der 5. Klasse bis zum Abitur führen. Die Verantwortlichen sind sich möglicher Anpassungsschwierigkeiten an das Regelschulniveau bewusst und bieten ein Überbrückungsjahr an. Zumindest für die

erste Zeit sollen Dolmetscher/innen den Unterricht begleiten. Eine bilinguale Beschulung ist perspektivisch angestrebt.

Spätestens ab dem Schuljahr 2013/2014 soll es losgehen – der Austausch mit interessierten Eltern auf der Tagung des Verbandes war einer konkreten Bedarfsanalyse gewidmet. Darüber wurde deutlich, wie wichtig die Kooperation mit Kindergärten und Grundschulen in der näheren und weiteren Umgebung dieser Schule ist, um Deutsche Gebärdensprache in der frühkindlichen Erziehung und Bildung auch hier zur Selbstverständlichkeit bei möglichst vielen Kindern werden zu lassen. Ein weiterer Pluspunkt dieser Schule: Ein Internat ist angeschlossen, das bis zu 50 Kinder aus anderen Teilen Deutschlands aufnehmen könnte.

Dieser Vorstoß zeigt, dass es sich lohnt, an den Türen der Regelschule zu klopfen und umfassende Inklusionskonzepte vorzustellen.

Mehr Öffentlichkeit für Gebärdensprache

Dass Erziehung und Bildung nur zwei Bausteine zur breiten Verankerung der Gebärdensprache innerhalb der Gesellschaft sein können, war allen Teilnehmer/innen klar. So konzentrierten sich andere Arbeitsgruppen auf die Frage, wie Gebärdensprache sichtbarer gemacht werden könnte. Denn individuelle Erfahrungen zeigen doch meist eine große Offenheit abseits der ‚Fachwelt‘.

So ließen konkrete Aktionsideen auch hier nicht lange auf sich warten:

- Geplant wurde die Durchführung

einer weiteren Türkisparade – die Auftaktveranstaltung im letzten Jahr in Berlin konnte bereits viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

- Eine deutschlandweite Gebärdenaktion in einer bekannten Möbelhauskette kurz vor Weihnachten.
- Eine Brieflawine an Ministerien und andere Institutionen.
- Die Eröffnung einer professionell agierenden Facebook-Gruppe.
- Viele Informationsstände, wo immer sich die Gelegenheit bietet.
- Und nach Möglichkeit eine Verankerung der Gebärdensprache in der Kunst – Musik, Tanz, Theater.

Hinter jedem Plan stehen die Ideengeber und engagierte Eltern als Ansprechpartner/innen und Motoren. Über die Umsetzung und Resonanzen wird sicherlich bald zu berichten sein.

DZ 88 11 **401**



Tamara Schmidt vom Hofe,
Pressereferentin, Bundeseltern-
verband gehörloser Kinder e.V.

E-Mail: tamara.svh@gmail.com